Seite 14
ndes-Lotterie
günstigsten Falle
500 000
Prämie:
200 000
Hauptgewinne:
300 000
150 000
100 000
usw.
9. Juli.
-Kauf-Los 2 M.
xander Hossel
ifelong.
-u. Auflegematratz
nzüge
Teilzahlung
Sie billig nur
er grüne Film
erschienen!
sbuchhandlung.
r. 12, I.
ewinn!
Konkurrenzlos

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Trägerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 155 | Dresden, Sonnabend den 5. Juli 1924 | 35. Jahrg.

Minierarbeit gegen die Londoner Konferenz

Paris, 4. Juli. (Eig. Drahtb.) **Die Kampagne der Pariser nationalistischen Presse gegen die Form der Einladung zur Londoner Konferenz ist nichts anders als ein wohlvorbereitetes Vorpostengefecht gegen die Konferenz selbst. Im Hintergrund ist Poincaré sichtbar, der mit äußerster Energie versucht, den Weg der Abkehr von seiner politischen Gewaltmethode zu blockieren und die endgültige Regelung der Reparationsfrage im Sinne des Sachverständigenplanes zu hintertreiben. Im Senatausschuß für auswärtige Angelegenheiten klagte er Herriot am Freitag an, daß er sich von Macdonald habe blenden lassen und vollkommen in der Hand des Auswärtigen Amtes in London sei. Das Ziel der französischen Chauvinisten ist, die durch den Dawes-Plan und durch die Abmachungen, die auf der Londoner Konferenz getroffen werden sollen, gefährdete Machtstellung der Reparationskommission, in der Frankreich bekanntlich die vorherrschende Stellung hat, um jeden Preis zu retten.**

Herriots abweichender Standpunkt

Nach den von Herriot in Kammer und Senat abgegebenen Erklärungen lehnt Frankreich nicht nur die Macdonaldsche Doktrin ab, wonach die Bestimmungen des Sachverständigengutachtens z. T. über die in Versailles festgelegten Verpflichtungen Deutschlands hinausgehen, sondern es lehnt vor allem auch die englische Forderung ab, daß künftig für die Feststellung etwaiger Verfehlungen Deutschland nicht mehr die Reparationskommission, sondern ein neu zu schaffendes internationales Organ zuständig sein soll. Das bedeutet nun allerdings keineswegs, daß man in Paris sich gegen die Zuziehung Deutschlands zur Londoner Konferenz sträuben würde; man befürchtet hier nur, der deutschen Regierung durch Anerkennung der englischen Argumente Gelegenheit zu geben, ihre Zustimmung zum Londoner Konferenzprotokoll von neuen Konzessionen abhängig zu machen.

Schwieriger ist die zweite Frage. Wir haben bereits auf die Bedeutung hingewiesen, die man in Paris aus naheliegenden Gründen der Wahrung der vollen Autorität der Reparationskommission beilegt. Aber auch das schließt keineswegs aus, daß man in Paris der neuen internationalen Aktion die erforderlichen Zugeständnisse zu machen bereit ist. In dem Resümee, das der in der Regel ausgezeichnet informierte Londoner „Temps“-Korrespondent seinerzeit über die Brüsseler Besprechung gegeben hatte, war als eine der getroffenen Vereinbarungen ausdrücklich angeführt worden, daß die Feststellung neuer deutscher Verfehlungen künftig von der Reparationskommission zusammen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes erfolgen solle, ohne daß die öffentliche Meinung oder die politischen Kreise in Frankreich sich über die Konzessionen sonderlich aufgeregt hätten. Erst am Donnerstag hat der „Temps“ in seinem Leitartikel zugegeben, daß bereits durch das Gutachten der Sachverständigen die Interventionsmöglichkeit der Reparationskommission auf ganz wenige, im höchsten Grad unwahrscheinliche Fälle beschränkt wird. Das alles zeigt, **daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris im Grunde gar nicht so sehr tiefgehend sind.** Die eigentliche Bedeutung des Zwischenfalles liegt deshalb vor allem in der äußerst heiklen Situation, in die das neue französische Ministerium sich gegenüber seinen Gegnern im eigenen Lande gebracht hat. Leider hinterläßt der Zwischenfall den Eindruck eines neuen englisch-französischen Gegensatzes. Diese Tatsache ist nicht dazu angetan, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern. Weit noch verhängnisvoller aber ist, daß er der Opposition in Frankreich eine neue Waffe in die Hand gibt, die Herriot ernstlich gefährlich werden kann. Denn das mindeste, was von dieser Seite versucht werden dürfte, ist die Ausbeutung der englischen Initiative mit dem Ziel, Herriot in der bevorstehenden Interpellationsdebatte zu präzisen Erklärungen zu zwingen und ihm so für London die Hände zu binden.

Auch der Temps stellt fest, daß der englisch-französische Gegensatz nur scheinbar ist, da weder die englischen Anregungen unabänderlich, noch der Standpunkt der französischen Regierung bereits endgültig festgelegt sei, doch gefährde man damit die moralischen Elemente, die für den Erfolg unerläßlich seien, nämlich das Vertrauen der breiten Masse, die Atmosphäre der Entspannung und den Elan, der in allen Lagen notwendig sei, wenn alle Schwierigkeiten überwunden werden sollen.

Die Angst vor der Valuta

rs. **Paris, 5. Juli.** (Eig. Drahtm.) **Der offiziöse Matin, der die Anschauungen Herriots am besten wiedergibt, meint, daß man alles tun müsse, um die strittigen Fragen noch vor der Londoner Konferenz zu lösen. Wenn dies vor der Konferenz nicht gelingen würde, so bestände auch keine Aussicht, daß eine solche Entscheidung auf der Konferenz zustande käme. Infolgedessen muß ein Einvernehmen raschestens getroffen werden, vielleicht sogar durch eine neue Zusammenkunft Herriots und Macdonalds. Wenn diese Einigung nicht möglich ist, hätte die Londoner Konferenz keinen Zweck.**

Dazu muß gesagt werden, daß in Paris die Dinge nicht so schwarz gesehen werden. In den Wandelgängen der Kammer gibt man der Anschauung Ausdruck, daß die Konferenz schon deshalb zustande kommen müsse, weil sonst leicht Rückwirkungen auf die französische Valuta zu erwarten seien.

Der boykottierte Faschismus

Die Internationale Arbeitskonferenz hat, wie wir **bereits** berichteten, am Dienstag beschlossen, den Vertreter der faschistischen Gewerkschaften von der weiteren Mitarbeit an ihrer Tagung auszuschließen. Dieser Beschluß ist für die internationale Arbeiterbewegung besonders bedeutungsvoll, weil durch ihn die Vertreter des Weltproletariats zum ersten Male vor aller Oeffentlichkeit gleichzeitig ihr Urteil über die faschistischen Gewerkschaften ausgesprochen haben. Gerade deshalb bedarf die Entscheidung unsers Erachtens einer besonderen Würdigung. Sie wird möglich auf Grund des in Genf vorliegenden Materials, das den eigentlichen Anlaß zu dem Ausschluß von Rossoni bildete.

Mit dem Antritt der Herrschaft in Italien hatten die Faschisten klar erkannt, daß die Machtposition, die die freien Gewerkschaften Italiens durch ihren Einfluß auf die Arbeiter besaßen, ein entscheidendes Hindernis für ihre politischen Pläne bildete. Um diese Macht zu brechen, begnügten sie sich anfangs mit planlosen Gewalttätigkeiten gegen Gewerkschaftsversammlungen, Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsbureaus. Als diese Mittel nicht ausreichten, den geschlossenen Körper der organisierten Arbeiterschaft zu sprengen, steigerten sie ihre Aktion zu systematischen Bandenüberfällen und Attentaten, durch die in der Tat eine so starke Beunruhigung in die Arbeiterbewegung getragen wurde, daß sich das organisatorische Gefüge der Gewerkschaften sichtbar erschütterte. Aber den festen Kern der organisierten Arbeiterschaft vermochten die Faschisten trotzdem vorläufig nicht zu sprengen. Erst gegen Ende des Jahres 1921 gingen sie dazu über, neben den offenen Gewaltmitteln gegen Führer und Organisationseinrichtungen der Gewerkschaften mit Hilfe ihres nunmehr in allen Ortschaften genügend gefestigten Organisationsapparates, der bereits die Polizei- und Verwaltungsbehörden beherrschte, eigene Arbeiterorganisationen zu schaffen. Im Bunde mit dem Unternehmertum und unterstützt durch die Geldmittel der Industrie gelang es ihnen, eine regelrechte gelbe Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. Hauptsächlich in der Landwirtschaft begannen sie ihre Tätigkeit, weil die lose Gruppierung der Landarbeiter auf dem flachen Lande die größten Erfolgsaussichten für den gemeinsamen Plan der Faschisten und Unternehmer hatte. Erst später konzentrierten sie ihre Gewalt- und Geldmittel auf die Eroberung der Industriearbeiter.

Das Geheimnis des Erfolgs der faschistischen Gewerkschaftsgründung geht aus folgenden Einzeldaten hervor: Die faschistischen Gewerkschaften unterstehen der unmittelbaren Kontrolle der politischen Partei, von der sie abhängen. Der **Hauptleiter der faschistischen Verbände ist rechtmäßiges** Mitglied des großen Rates der faschistischen Partei. Die Regierung läßt zur Mitberatung und Ausarbeitung sozialer Gesetze und Verordnungen nicht die freien Gewerkschaften, sondern die faschistischen Verbände zu. Die parlamentarische Vertretung der faschistischen Gewerkschaften gehört zur Fraktion der faschistischen Mehrheit. Die Anwendung von physischer Gewalt gegen Personen und Einrichtungen bildet das Hauptkampfprinzip der Faschisten.

Die Plünderungen der Konsumvereine und der Gewerkschaften gelegentlich der letzten Wahlen waren z. B. so umfangreich, daß sich sogar der Papst veranlaßt sah, für die „durch wüste und geradezu ruchlose Zerstörungen Geschädigten“ öffentlich eine halbe Million Lire zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiter, die in Betrieben, in denen Tarifverträge mit den faschistischen Korporationen abgeschlossen sind, arbeiten wollen, werden gezwungen, sich den Faschisten anzuschließen oder wenigstens aus den freien Gewerkschaften auszutreten. Die Führer der freien Gewerkschaften werden aus ihren Wohnorten vertrieben und die rechtmäßig gewählten Gewerkschaftsbeamten durch Regierungskommissare überwacht. Wiederholt sind mit Hilfe der Behörden durch Verordnungen mit Gesetzeskraft Tarifmonopole in die Hände der faschistischen Gewerkschaften gegeben worden. Ein offizieller Regierungserlaß vom 21. Januar 1921 bestimmt z. B., daß die von den Gewerkschaften gesammelten Beiträge oder freiwilligen Verpflichtungen der Ueberwachung der provinzialen Behörden unterstellt werden. Der Präfekt kann jederzeit Revisionen vornehmen und die Verwaltung der Gewerkschaftskasse oder die Verwaltung des Verbandes selbst einem besonderen Kommissar unterstellen.

Es ist das Verdienst der vereinigten Arbeitnehmerdelegierten auf der Internationalen Arbeitskonferenz, in jene Zustände hineingeleuchtet zu haben, die nach der Auffassung Mussolinis das arbeitende Volk besseren Zeiten entgegenführen sollen. Aus berufenem Munde erfährt die Welt endlich, daß die faschistischen Gewerkschaften nichts andres sind als ein Organ der Unternehmer und der politischen Diktatur von nationalen Minderheiten. Aber darüber hinaus hat die Entscheidung der Internationalen Arbeitskonferenz mit dem Ausschluß des faschistischen Vertreters noch eine andre Bedeutung. Sie ist für die Arbeiterschaft der Welt ein Appell, an Hand von einwandfreiem Material den Kampf gegen die Faschisten aufzunehmen, ihre Stärke moralisch zu untergraben und die italienische Arbeiterbewegung in jeder Beziehung zu unterstützen. Wir sind gewiß, daß die deutsche Arbeiterschaft diesem Appell jederzeit **gerecht werden wird.**

Wegweiser zum Sozialismus

I.

„Ueber geschichtliche Ereignisse **beklagt man sich nicht,** man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen. Das Deutsche Reich ist eine Schöpfung der Revolution — allerdings einer Revolution eigner Art, aber darum nicht minder einer Revolution“.

Diesen Gedanken gab Friedrich Engels 1885 in dem Vorwort zu: „Karl Marx vor den Kölner Geschworenen“ Ausdruck, im Hinblick auf die Entstehung des Bismarckschen Deutschen Reiches. Heute, nach 40 Jahren, wo wir in einem demokratischen Deutschen Reich, ebenfalls der Schöpfung einer „Revolution eigner Art“ leben, könnten uns jene Worte des Altmeisters als Wegweiser dienen zur Ueberwindung der gegen den Sozialismus aufgetürmten Hindernisse. Tausende unsrer Parteigenossen sind enttäuscht, verstimmt, weil die bei Beginn der Revolution nur allzu laut geforderte Sozialisierung scheinbar ad acta gelegt worden ist, als einer Sache, über die nicht mehr gesprochen werden kann. Wenn wenige Monate nach der Umwälzung die Sozialisierungsfrage einen breiten Raum der öffentlichen Erörterungen einnahm und sogar die damalige Reichsregierung erklärte: „Die Sozialisierung marschiert“, so ist die Enttäuschung über die seitdem trockengelegte Frage nur zu begreiflich. Ganz falsch ist es jedoch, deswegen anzunehmen, sie sei abgetan, weil von ihr nicht mehr geredet wird. Die Sozialisierung marschiert, aber auf einem andern Wege als dem der parlamentarischen Diskussion und der gesetzgeberischen Initiative! Sie vollzieht sich ganz im stillen durch die Zusammenballung zu Riesenkonzernen, die gewaltige Betriebe zu einer wirtschaftlichen Einheit und zu einer Macht entwickeln, die wie ein unsichtbares Fatum die Geschicke von Millionen Menschen, ja eines ganzen Volkes bestimmt; diese wirtschaftliche Umwälzung ist in ihrem vollen Umfange durch zwei Veröffentlichungen des Verlags für Sozialwissenschaft in Berlin klar zu erkennen. Den Genossen Paul Ufermann und Karl Hüglin gebührt das Verdienst, in ihrem Buche Stinnes und seine Konzerne vermittels tabellarischer Uebersichten und eines entsprechenden Textes nicht bloß ein Bild von des Konzernkönigs Wirken, sondern auch zugleich von der Entwicklung der Schwerindustrie vom Anfang des vorigen Jahrhunderts bis auf unsre Zeit gegeben zu haben. Da zeigt sich, daß die hundertjährige Geschichte der Familie Stinnes die industrielle Entwicklung des westlichen Deutschlands getreu widerspiegelt. Mit der Errichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 wurden die Fesseln einer in Frankreich und England längst überwundenen merkantilistischen Wirtschaftsauffassung gesprengt; der Milliardensegen der französischen Kriegsentschädigung befruchtete die westfälische Schwerindustrie, aber ihr Aufstieg vollzog sich, im Gegensatz zu vielen andern Industrien, in langsamer aber systematischer Weise. Die in den 70er und 80er Jahren auftretenden industriellen Krisen führten zu einer Abkehr von der bis dahin hochgehaltenen Manchesterlehre und die im Kohlenbergbau der Ruhr angestellten Versuche der Kartellbildung führten 1886 zur Gründung des Formeisenverbandes und 1897 zum Rheinisch-Westfälischen Roheisensyndikat und 1904 zu dem Riesenkartell: Deutscher Stahlwerksverband A.-G. Die Vereinigung von Kohlenbergwerken und Hüttenwerken erfolgte zuerst durch Friedrich Grillo, der Vorläufer der nachfolgenden Industriekapitäne: Kirdorf, Thyssen, Haniel und der Dynastie Stinnes. Denn der Großvater Hugo Stinnes', Matthias, hatte schon zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Grundlagen für das umfassende und nimmersatte Wirken seines Enkels gelegt.

Besonders lehrreich ist der textliche Teil des Ufermann-Hüglin-Buches, der in markanten Strichen die Entwicklung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates, des Stahlwerksverbandes und die Entwicklungstendenzen der westdeutschen Montanindustrie im allgemeinen zeichnet. Die Geschichte des Stinnes-Konzerns teilen die Verfasser in die drei Gruppen der Vorkriegszeit, der Periode des Weltkriegs und der revolutionären Nachkriegszeit. Stinnes wie andre Industrielle zeigten, daß sie alle drei Perioden für ihre Interessen auszunutzen wußten, im Gegensatz zu den Millionen Volksgenossen, die in patriotischer Begeisterung ihr Leben für ihr Vaterland einsetzten, und durch eine raffinierte Lügentaktik in dieser Stimmung gehalten wurden bis zum bitteren Ende. Die Verknüpfung des deutschen Imperialismus mit der Schwerindustrie ist notorisch. Nach Ausbruch des Krieges verstand sie es, die Papierfetzen in Sachwerte umzusetzen. In der zweiten Kriegshälfte warf sich Stinnes auf Seeschiffahrt, Großhandels-Ex- und Import. Die Hamburger Großkohlenfirma Heidtmann ging in seinen Besitz über, Beteiligung verlangte er beim Norddeutschen Lloyd, bei der Hapag und der Woermann- und Deutsch-Ostafrika-Linie. Weit wichtiger war jedoch die 1917 erfolgte Gründung der A.-G. H. Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel, sie wurde bald die Zentrale für die nach der ganzen Welt ausstrahlenden Konzerne, Interessensphären und Beteiligungen, und als die Revolution ausbrach, hielten Leute à la Stinnes ihre Machtstellungen im In- und Auslande fest in der Hand; zugleich aber haben sie die Revolutionskonjunktur richtig erfaßt. Während sie die Arbeiterschaft durch Errichtung der Arbeitsgemeinschaft an sich zu fesseln wußten, hielten sie Auslug nach einer verbreiterten Basis ihrer Unternehmungen: Stinnes gründete die Rhein-Elbe-Union und erweiterte sie zu einem geschlossenen

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240705/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG